

VI. Frankreich.

3. Januar. (Manifest Boulangers.) In Bezug auf eine für den 27. Januar angelegte Ersatzwahl für das Seine-Departement erläßt Boulanger, der sich entschlossen hat, in demselben zu kandidieren, an seine Wähler ein Manifest.

Er betont darin seine republikanische Gesinnung und bestreitet die ihm aus parlamentarischen Kreisen zugeschriebenen diktatorischen Absichten; gerade diese Kreise hätten Frankreich durch Unfähigkeit, niedrige Intriguen und ekelerregende Debatten in einen Zustand der Entartung gebracht.

Während der Graf v. Paris dem royalistischen Ausschuss Wahlenthaltung anriet, forderte das bonapartistische Zentralkomitee direkt auf, für Boulanger zu stimmen.

21. Januar. (Neues Wehrgesetz.) Die Deputiertenkammer genehmigt ein neues Militärgesetz unter Ablehnung der vom Senate zu demselben beschlossenen Aenderungen.

Die Rechte protestiert gegen das Gesetz, welches eine starke Vermehrung der Lasten des Landes involviere und überdies ein Gesetz ohne inneren Zusammenhang sei. Das Militärgesetz vom Jahre 1872 sei vollständig ausreichend und den Bedürfnissen des Landes entsprechend. Der Kriegsminister erwidert, das Gesetz sei nicht ein für die augenblicklichen Umstände gemachtes Gesetz, sondern ein Gesetz für die nationale Verteidigung, Frankreich sei genötigt, 3 Millionen Menschen zum Zwecke der Verteidigung im Reich und Uebich zu stellen. Die Genehmigung des Gesetzes erfolgt bei der Abstimmung über dasselbe im ganzen mit 368 gegen 169 St.

27. Januar. (Ersatzwahl im Seine-Departement.) Diefelbe führt zu einem großen Siege Boulangers. Von den 568,697 Wahlberechtigten waren 435,860 Stimmen abgegeben worden. Davon fielen auf Boulanger 244,070, auf Jacques 162,050.